

**Rede  
von**

**Alptekin Kirci, MdL**

zu TOP Nr. 20

Abschließende Beratung

**Imam-Weiterbildung an der Uni Osnabrück erhalten -  
nachhaltige Lösungen finden**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/1527

während der Plenarsitzung vom 19.06.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

mit Beginn des Monats Juni ist der Fastenmonat Ramadan zu Ende gegangen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen den bestimmt zahlreichen Einladungen der Moschee-Gemeinden in den Wahlkreisen anlässlich des Fastenbrechens gefolgt ist.

Beim Fastenbrechen können wir einiges über das Zusammenleben lernen. Die tatsächliche Situation in zahlreichen islamischen Gemeinden ist, dass sich dort Menschen begegnen, um ihren Glauben auszuüben und aktiv das Gemeindeleben zu gestalten. Und das Bekenntnis zum Islam ist ein Bekenntnis zu Frieden und Mitmenschlichkeit.

So lebt die Mehrheit der Musliminnen und Muslime bei uns in Niedersachsen. Übrigens relativ unabhängig davon, ob die Imame türkische Beamte sind oder das Geld für die Predigerstelle vielleicht aus dem Ausland stammt.

Anrede,

wir sind davon überzeugt, dass die theologische Ausbildung von Imamen an Hochschulen in Deutschland der richtige Weg ist. Natürlich soll ein Imam Seelsorger sein, der die Nöte und Ängste in einer Gemeinde kennt und einschätzt sowie die richtige Unterstützung in schwierigen Lebenssituationen gewähren kann. Insofern ist der Ausgangspunkt dieses Antrags richtig.

Wir sind inzwischen übereingekommen, dass die auf die Seelsorge abzielende Zusatzausbildung an der Universität Osnabrück weiterhin als Bildungsangebot bestehen bleibt. Es ist ein Signal, dass staatliche Institutionen positiv im Rahmen kultureller Bildung und Vermittlung mitwirken, ohne die Trennung zwischen Staat und Kirche aufzuheben.

Jugendarbeit nach hiesigen Mustern, Extremismus-Prävention und ein Verständnis dafür, welchen Gegebenheiten sich junge Musliminnen und Muslime

in unserer Gesellschaft gegenübersehen, wo mögliche Bruchpunkte von traditionellen Rollen- und Familienmustern gegenüber westlichen Alltagsvorstellungen existieren – zu diesen Themen sollen Imame, die in überwiegend muslimischen Ländern sozialisiert sind, Anleitung und Hilfe erfahren.

Zur ganzen Wahrheit gehört allerdings, dass in dem nunmehr acht Jahre währenden Programm insgesamt 150 Personen in seelsorgerischer Arbeit und kulturellem Verständnis weitergebildet worden sind. Mit durchaus schwankenden Teilnehmerzahlen, die zuletzt eher abgenommen haben.

An der Frage der Fortführung oder Nichtfortführung dieser Zusatzausbildung kann man also kaum ableiten, der Landesregierung fehle der Wille zur Integration, wie die Grünen zu Beginn der Debatte behauptet haben. Vielmehr, und das findet sich nun nach den Beratungen im Ausschuss wieder, muss es uns um eine umfänglichere Betrachtung der Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektive islamischer Theologen gehen.

Anrede,

es ist nach wie vor richtig, dass die Moscheegemeinden nur mit geringen finanziellen Mitteln arbeiten. Hier ausgebildete Imame besitzen in den islamischen Gemeinden keine echte Beschäftigungsperspektive. Insofern ist es gut und richtig, nun die Chancen auszuloten, die guten Erfahrungen in der Ausbildung muslimischer Religionslehrer mit den Fragen zu verknüpfen, die wir anlässlich dieses Antrags diskutieren.

Dabei wird es ganz erheblich auf die Frage ankommen, wie die Moscheegemeinden und muslimischen Verbände daran mitwirken werden, wie eine eigenständige und unabhängige Imam-Ausbildung aussehen könnte. Diese Modelle sind nur gemeinschaftlich zu entwickeln. Und es bedarf auf der Seite von muslimischen Gemeinden und Verbänden eines Bewusstseins, Lösungen in größerer Unabhängigkeit von der Finanzierung etwa durch die türkische Religionsbehörde zu erreichen.

Das Land war bereits auf dem Weg in dieser Diskussion. Ich will nicht verhehlen, dass die Chancen für eine erfolgreiche Diskussion in dieser Frage zuletzt nicht größer geworden sind. Daher ist es vernünftig, dass diese Aufgabe nun nach den Beratungen im Antrag steht. Im Koalitionsvertrag dieser Regierung ist die Verbesserung der Integration der muslimischen Religionsgemeinschaften jedenfalls klar postuliert.

Die SPD-Fraktion wird die Landesregierung in dieser Frage unterstützen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!